P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 111 AUGUST 1969 EINZELPREIS S 3,-

DAS US-RAUMFAHRTPROGRAMM – MITTEL DER EXPANSION, DER RÜSTUNG UND DES KRIEGS !

Das Raumfahrtprogramm des US-Imperialismus ist ein Rüstungs- und Kriegsprogramm. Es dient der Sicherung der Weltherrschaft des Dollarimperialismus, der Unterdrückung und Versklavung aller Völker der Erde durch die USA. Im besonderen richtet sich die Spitze dieses Programms gegen die VR China, das Hauptbollwerk des Sozialismus und der revolutionären, antiimperialistischen Bewegung in der Welt von heute.

Diese entscheidenden Tatsachen dürfen in all dem Propagandarummel, der rund um die Landung amerikanischer Astronauten auf dem Mond inszeniert wurde, keine Sekunde aus den Augen gelassen werden. Sie müssen gerade jetzt allen Menschen eindringlich vor Augen geführt werden, da auch die gesamte revisionistische Meute, geführt von den Moskauer Revisionisten, in die demagogische bürgerliche Reklamekampagne eingestimmt hat, die Aktionen der NASA seien "Wohltaten" für die ganze Menschheit, markierten "Triumphe menschlichen Forscher- und Pioniergeistes", dienten dem Frieden und Fortschritt aller Völker.

Alles das sind erbärmliche Verdrehungen und Entstellungen, durchsichtige Lügen zur Verherrlichung der modernsten Form imperialistischer Expansion, Rüstung und [illegible]egsvorbereitung. Der US-Imperialismus macht n i c h t s , aber auch schon garnichts, zum Wohle der Menschheit und zum Fortschritt der Völker. Ganz im Gegenteil: Alles, was er tut, dient der R e a k t i o n , steht im schroffen G e g e n s a t z zu den Interessen der Völker und aller einfachen Menschen in der Welt. Überall, wo er hinkommt, hinterläßt der US-Imperialismus die Würgespuren hemmungsloser Ausbeutung und Unterdrükkung, eine breite Fährte von Blut und Elend. Das Raumfahrtprogramm der amerikanischen Imperialisten bildet hier keine Ausnahme.

In der Nähe Wiens existiert ein altes Haus, das den Namen "Knochenhof" trägt, weil durch seinen Hof ein Weg aus Knochen führt, die wie kleine Pflastersteine aneinandergefügt



sind. Natürlich sind das Tierknochen. Der Weg jedoch, der die amerikanischen Imperialisten nun auf den Mond geführt hat, ist mit Menschenknochen gepflastert, mit dem Schweiß und Blut von Millionen Menschen durchtränkt!

Es ist zunächst Schweiß und Blut des amerikanischen Volkes selbst. Die wahnwitzige Jagd nach Superwaffen und Mitteln zur Beherrschung der ganzen Erde - und das ist der entscheidende Beweggrund des amerikanischen Raumfahrtprogramms! - steigert die Ausbeutung des amerikanischen Volkes von Jahr zu Jahr. Die astronomischen Aufwendungen für dieses Programm verschärfen die unheilbare ökonomische Krise, die dem amerikanischen Volk wachsende Opfer auferlegt, während die Monopole Superprofite einstecken.

Seit dem Ende des 2.Weltkriegs hat der US-Imperialismus mehr als tausend Milliarden Dollar für Kriegsrüstung ausgegeben. Um diesen ungeheuren Aufwand zu ermöglichen, ließ man die Banknotenpresse laufen, wurde die Steuerschraube immer weiter angezogen, wurden Staatsanleihen aufgelegt, Schulden gemacht, rigorose Sparmaßnahmen auf Kosten der arbeitenden Massen getroffen usw. Das hatte u. a. eine zunehmende Inflation zur Folge, steigende Preise, wachsende Budgetdefizite und Verschlechterungen der Zahlungsbilanz. Auch die seit Jahren immer bedrohlicher werdende Währungskrise in der kapitalistischen Welt hängt eng mit der vom Dollar ausgehenden Aushöhlung des internationalen Währungssystems zusammen.

Schon an diesem Beispiel wird deutlich, daß der amerikanische Imperialismus seine ungeheuren Militärausgaben praktisch auch auf Kosten anderer Länder finanziert. Die zahllosen Milliarden Dollar die im amerikanischen Raumfahrtprogramm stecken und weiter in dieses gesteckt werden, stammen nur zu einem Teil aus dem, was aus dem amerikanischen Volk selber herausgepreßt wurde und wird. Noch wesentlicher ist das, was der US-Imperialismus aus anderen Ländern und Kontinenten, aus der ganzen kolonialen und halbkolonialen Ausbeutung gewinnt, die er in tausendfältigen Formen organisiert hat.

Die Imperialisten und die Revisionisten verbreiten gerne das Bild einer Welt, die zufällig in "entwickelte" und in "unterentwickelte" Länder und Zonen geteilt ist und sie tun dabei so, als ob das eine mit dem anderen keinen direkten Zusammenhang hätte. Sie empfehlen den sogenannten "unterentwickelten" Ländern die "entwickelten" als anzustrebendes Vorbild, wobei sie es so darstellen, als ob sich der weltumspannende Gegensatz zwischen arm und reich einfach beseitigen ließe, indem man die "unterentwickelten" Länder durch sogenannte "Entwicklungshilfe" seitens der Großmächte eben auf die Stufe "entwickelter" und "reicher" Länder hebt.

Diese Darstellung ist durch und durch betrügerisch und falsch. Sie "übersieht", daß die Existenz eines imperialistischen Teiles der Welt untrennbar mit der Existenz eines kolonialen und halbkolonialen anderen Teils der Welt verbunden ist, daß es sich hier bloß um zwei Seiten derselben Sache handelt, daß sich der gewaltige Reichtum auf der einen Seite, der dutzende Milliarden für Monderkundungen auszuwerfen erlaubt, und die entsetzliche Armut auf der anderen Seite, die Millionen Menschen zu chronischem Hunger verurteilt, gegenseitig bedingen.

Selbst die populäre Forderung, mit den Milliarden für die Raumfahrt lieber den Hunger in weiten Teilen der Welt zu stillen, ist so eigentlich schon eine unzulässige Konzession an die Imperialisten und eine Beschönigung der Verhältnisse. Denn diese Milliarden stammen ja eben zu großen Teilen aus einer weltumspannenden Ausbeutung, die ganze Kontinente in Sterbefelder verwandelt, dort Hunger und Elend verursacht und mit allen Mitteln den Fortschritt der Völker hindert! Die Imperialisten brauchen den Völkern nichts zu "geben". Um eine radikale Veränderung in der Welt zu erreichen, genügt es, dem Imperialismus die Fangarme abzuhauen, mit denen er ununterbrochen nimmt. Das ist allerdings aber auch gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des Imperialismus, mit seiner Beseitigung überhaupt.

So wenig sich das sprichwörtliche Elend in den amerikanischen Slums, die blutige Ras-

senpolitik und der faschistische Terror gegen revolutionäre Bewegungen in den USA selbst von den NASA-Milliarden für die Raumfahrt trennen läßt, so wenig läßt sich der ganze märchenhafte Aufwand des US-Imperialismus für Raketen und Raumschiffe von der himmelschreienden Ausbeutung und Unterdrückung in Lateinamerika, vom Hunger in Indien usw. trennen. Die Weltraumflüge der US-Astronauten sind nur insoferne Angelegenheit der ganzen Menschheit, als sie für ihre Kosten aufkommen muß und Opfer ihrer politischen und militärischen Auswertung ist.

Die Fahne, welche die Astronauten Armstrong und Aldrin am Mondboden aufgepflanzt haben, ist die Fahne des schlimmsten Feindes des Friedens und der Freiheit der Völker, ist die zu Recht meistgehaßte Fahne in der Welt! Wie können Menschen, die sich fortschrittlich dünken und als "Antiimperialisten" bezeichnen, ja sich sogar als "Sozialisten" und "Kommunisten" ausgeben, das auch nur einen Moment vergessen?

Selbst dem oberflächlichsten Betrachter muß der innige Zusammenhang des US-Weltraumerforschungsprogramms mit dem amerikanischen Streben nach Weltherrschaft, mit der US-Kriegsrüstung und mit dem Kriegswesen überhaupt in die Augen springen. Schon seinerzeit, als Kennedy die Forcierung des US-"Space-Programms" forderte, begründete er das offen mit den Notwendigkeiten der Sicherung der amerikanischen Vorherrschaft in der Welt. Und der jetzige US-Bürger Wernher von Braun, der einst als Deutscher die "Wunderwaffen" konstruierte, die Hitler retten sollten, und der sich nun als Schöpfer der amerikanischen "Saturn"-Raketen feiern läßt, hatte keine Hemmungen, in einem vom österreichischen Fernsehen übertragenen Interview zu bestätigen, daß das Hauptziel natürlich nicht die Beherrschung des Mondes, sondern der Erde ist. Er wiederholte damit einfach, was sein ehemaliger Landsmann, der deutsche "Raumfahrtpionier" Hermann Oberth, schon vor langer Zeit gesagt hatte, nämlich, daß die Weltmacht, die als erste den Mond erreicht, "die Erde beherrschen wird". Sowohl in den USA als auch in Westdeutschland feierten Militärs, Politiker und bürgerliche Journalisten den Mondflug von "Apollo 11" als Demonstration einer "technologischen Waffe" und bezeichneten den Mond als den "höchsten Punkt" im Sinne der "irdischen Strategie". Der amerikanische Astronaut Frank Borman benützte sogar die Gelegenheit der Ovationen, welche ihm die revisionistischen Speichellecker kürzlich in Moskau bereiteten, zu der Erklärung, die 24 Milliarden Dollar, die es gekostet hat, zwei Amerikaner auf den Erdtrabanten zu bringen, bedeuteten eine "Absicherung der Zukunft" der USA. Muß man es noch deutlicher sagen?

Die in Moskau erscheinende Wochenschrift "Neue Zeit" vom 6. August 1969, die das kommentarlos wiedergab, veröffentlichte übrigens auch höchst wohlwollende "Lebensläufe" der amerikanischen Mondfahrer. Aus diesen Worten der Bewunderung und Anerkennung wird jedoch auch ersichtlich, was



LATEINAMERIKANISCHER LANDARBEITER

die bürgerliche und revisionistische Presse im allgemeinen verschweigt, nämlich daß es sich bei den so gefeierten "Helden" um notorische Kriegsknechte handelt, die jahrelang als Akteure der amerikanischen Luftpiraterie gegen das koreanische und das vietnamesische Volk tätig waren und sich dort ihre Sporen verdienten! Wir können die Lebensläufe der "Helden" in der Moskauer "Neuen Zeit" um einige interessante Details ergänzen:

Neil Armstrong, Sohn eines Finanzinspektors aus Ohio, ist seit frühester Jugend beim US-Militär. Nach der Absolvierung einer Kadettenschule für Militärflieger kam er auf den US-Flugzeugträger "Essex", der im Koreakrieg eine wichtige Rolle spielte. Von diesem Flugzeugträger aus nahm Armstrong an 78 großen Bombardements gegen das koreanische Volk teil, bei denen tausende koreanische Frauen und Kinder zerfetzt und verbrannt wurden. Wegen seiner "Leistungen" mehrfach dekoriert, wurde Armstrong nach dem Koreakrieg Testflieger auf dem US-Militärluftstützpunkt Edwards in Kalifornien, von wo ihn dann die NASA holte.

Edwin Aldrin, Sohn eines US-Militärfliegers aus New Jersey, setzte die Familientradition durch Besuch der US-Militärakademie Westpoint fort. Auch er legte seine entscheidende "Bewährungsprobe" im Koreakrieg ab. Er flog 66 "Feindeinsätze", beteiligte sich mit besonderer Bravour an zahlreichen Massenbombardements und Luftkämpfen und wurde wegen Abschusses zweier MIG-Flugzeuge ausgezeichnet. Nach dem Koreakrieg war Aldrin jahrelang Ausbildner und Instruktor in der US-Militärfliegerschule in Nevada, welche amerikanische Piloten für den Luftkrieg in Vietnam ausbildete.

Die Moskauer Revisionisten stehen offenbar auf dem Standpunkt, das sei eben der "Beruf", der "Job" dieser Leute und man dürfe ihnen das nicht weiter übelnehmen. Für einen Militär sei Befehl eben Befehl.

Doch das ist es eben! Würden die Armstrong, Aldrin und wie sie alle heißen, die in den vordersten Reihen standen, als es galt, die Städte und Dörfer Koreas und Vietnams in Schutt und Asche zu legen und das Blut der dortigen Zivilbevölkerung zu vergießen, auch nur eine Sekunde zögern, wenn sie eines Tages den Befehl bekämen, mit Hilfe ihrer Raketen und Raumfahrzeuge ganze Völker auszurotten? Soll man heute jene feiern, die gestern noch tausende Menschen verstümmelten und sich morgen schon als die Mörder von Millionen entpuppen können?

Mit Recht empört sich in diesen Tagen die Öffentlichkeit Österreichs und anderer Länder über den Fall des westdeutschen Weihbischofs Defregger, von dem sich herausgestellt hat, daß er als Major der Hitlerarmee Befehle zu Massenerschießungen an



AFRIKANISCHER MINENARBEITER

den Einwohnern zweier italienischer Dörfer empfangen und an einen seiner Untergebenen weitergegeben hat. Doch wo ist der Unterschied zwischen seinen Verbrechen und den Verbrechen der amerikanischen Luftpiraten in Korea und Vietnam, ihrer Kommandeure und Ausbildner? Hören Massenmorde an der Zivilbevölkerung auf, ein Kriegsverbrechen zu sein, wenn sie statt von deutschen von amerikanischen Mördern begangen werden? Ist am Ende der erfolgreich absolvierte Massenmord in Korea oder Vietnam und die dabei erworbene technische Perfektion eine notwendige Voraussetzung dafür, um nun auch von der revisionistischen Presse als "Pionier des Weltalls" und "Held der ganzen Menschheit" gefeiert zu werden? Niemals werden wir uns einer solchen zynischen und menschenverachtenden Logik beugen!

In einer Welt, in der zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen den imperiali-

stischen Blutsaugern und ihren Opfern ein erbitterter, unaufhörlicher und alle Bereiche erfassender Kampf tobt, in dem es für hunderte Millionen Menschen buchstäblich um Leben und Tod geht, kann keine einzige Erfindung oder Entdeckung, kein einziges wissenschaftliches oder technisches Ereignis außerhalb dieses Kampfes, unpolitisch beurteilt werden. Wem nützt das? Wozu wird das verwendet werden? Wer wird es bezahlen müssen? Wer wird das Opfer sein? Das sind in dieser Welt die großen Fragen, die Antwort heischen und Stellungnahme erfordern.

Deswegen vermögen wir der amerikanischen Mondbesteigung und allem, was ihr noch folgen wird, keinerlei Sympathien abzugewinnen. Deswegen ist uns der ganze Mondspektakel nur ein Ansporn, unseren Kampf gegen den US-Imperialismus und seine Steigbügelhalter zu verstärken, noch schärfer als bisher die scheußliche Fratze dieses Imperialismus zu zeigen und noch leidenschaftlicher in den zornigen Ruf aller friedens- und freiheitsliebenden Kräfte der Erde einzustimmen: Ami, go home!

RF

Schlaglichter

"Die sowjetische Presse feierte den Mondspaziergang Armstrongs und Aldrins als eine großen Sieg für die Menschheit. In den Moskauer Tageszeitungen wurden für die Schlagzeilen eigens neue Überschriftentypen gewählt... Das Gewerkschaftsblatt "Trud" brachte auf der ersten Seite ein Bild, das die Astronauten mit dem Sternenbanner im Hintergrund zeigt."

KPÖ-"Volksstimme" vom 23. Juli 1969

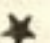
★

Unter dem Titel "Der Osten verneigt sich" berichtete das "Volksblatt" vom 23. Juli 1969 über die Lobeshymnen der sowjetischen Presse und der ihrer Satelliten zur amerikanischen Mondlandung. Das Blatt bezeichnet es als eine "gewisse Kuriosität", daß das erste Land in Europa, welche das Ereignis durch Herausgabe einer Mond-Briefmarke feierte, die Tschechoslowakei ist.



"Die östliche Gratulationsoffensive, der Umstand, daß Breshnew, in Warschau zu Gast bei Jubiläumsfeiern, eigens den dortigen US-Botschafter mit seinen Glückwünschen bedachte, daß Kossygin den in Moskau 'privat' weilenden ehemaligen US-Vizepräsidenten Humphrey zwei Stunden bei sich hatte, sind mehr als Courtoisie. Sie signalisieren den Wunsch, diese Tage allgemeiner Begeisterung für die Annäherung Moskau-Washington zu nützen."

"Presse" vom 23. Juli 1969



"Wir kamen im Frieden für die ganze Menschheit", sagte der US-Astronaut Armstrong, als er seinen Fuß auf den Mondboden setzte. Um das zu symbolisieren, hatte er einen kleinen Behälter mit, welcher die Fähnchen der US-Bundesstaaten und amerikanischen Besitzungen sowie die Landesfarben von 136 Nationen enthielt. Die Fahnen der VR China, der DR Vietnam, der DVR Korea usw. waren freilich nicht darunter Diese Völker gehören nach US-Begriffen offenbar nicht zur "ganzen Menschheit".



Während die US-Astronauten auf dem Mond ihre lange vorbereiteten "humanistischen" Sprüche aufsagten, erschoß in Columbus, Pennsylvania, ein weißer Geschäftsmann einen Neger, der es gewagt hatte, eine Reklamation vorzubringen. Kurz zuvor hatte in New Orleans ein Weißer einen Neger nur deshalb erschossen, weil dieser weitertelefonierte, obwohl vor der Telefonzelle ein Weißer wartete. Gegen die durch diese Morde ausgelösten Protestdemonstrationen der schwarzen Bevölkerung setzten die amerikanischen Behörden ganze Heere von Polizisten, verstärkt durch 1.350 Mann Nationalgarde, ein. Die Nationalgarde machte von ihren Schußwaffen Gebrauch, wobei eine Negerin erschossen und 35 Demonstranten verwundet wurden. In einigen Städten wurde nächtliches Ausgehverbot verhängt. Zahlreiche Neger wurden verhaftet. "Die Polizei arbeitet nach dem Motto: 'Wir werden Feuer mit Feuer beantworten. Verbrecher werden sofort niedergemacht!'", berichtete der "Kurier" am 23. Juli 1969 über die Situation in Pennsylvania.



'Der amerikanische Kernforscher Edward Teller glaubt, daß es der Wissenschaft von hohem Nutzen sein könnte, auf dem Mond eine Atombombe zur Explosion zu bringen."

"Neue Zürcher Zeitung" vom 3. Juni 1969

GROMYKO UMARMT DIE MÖRDER LUMUMBAS UND MULELES

Hand in Hand mit ihrer immer engeren Kollaboration mit den USA-Imperialisten intensiviert die sowjetisch-revisionistische Renegatenclique in letzter Zeit auch ihre Zusammenarbeit mit einer Reihe notorischer US-Büttel und Henkersknechte. So haben die Breshnew und Co. nunmehr Justin Bomboko, "Außenminister" der berüchtigten Mobutu-Clique, die als Bluthund des amerikanischen Imperialismus den Kongo (K) tyrannisiert, zu einem "Besuch" in Moskau empfangen, um mit ihm "Gespräche" zu führen. Nach der Aufnahme "diplomatischer Beziehungen" der Moskauer Revisionisten mit der Mobutu-Clique im vorigen Jahr ist das eine neuerliche schamlose Aktion des Verrats an dem leidgeprüften Volk des Kongo (K) und ein neuer Beweis für die offene Sabotage an der nationalen Befreiungsbewegung in ganz Afrika.

Jeder weiß, daß die Mobutu-Clique den scheußlichen Mord an dem kongolesischen Nationalhelden Patrice Lumumba auf dem Gewissen hat, dem später auch die Ermordung Muleles folgte. Seit diese Clique mit Hilfe des US-Imperialismus, gestützt auf imperialistische Gelder und Bajonette, an die Macht kam,

hat sie eine blutige Unterdrückung der kongolesischen Patrioten durchgeführt, viehische Gemetzel und Folterungen an ihnen organisiert und die nationalen Interessen des Volkes des Kongo(K) völlig an den US-Imperialismus verkauft. Diese amerikanisch gegängelte Mörderclique ist der schlimmste Feind des kongolesischen Volkes.

Doch die sowjetischen Führer stört das nicht. Freundschaftlich schüttelten sie die vom Blut kongolesischer Patrioten triefenden Hände dieser US-Büttel. Nach seiner Ankunft in Moskau bereiteten sie Bomboko einen "herzlichen Empfang", veröffentlichten sein Porträt und seinen Lebenslauf in der Presse und erwiesen ihm weitere "Ehrungen". Der sowjetische Außenminister Gromyko beeilte sich, mit dem Bluthund sofort die "Gespräche" zu beginnen, die laut amtlicher Meldung in einer "freundschaftlichen und freien Atmosphäre" verliefen. Wie das offizielle Communique vom 28. Juli 1969 besagt, hatten die beiden Partner während der Gespräche


LUMUMBA, ermordet 1961


MULELE, ermordet 1968

ihren "gemeinsamen Wunsch" bekundet, ihre Beziehungen zu "entwickeln und zu vertiefen". Sie kamen überein, schon demnächst über die Intensivierung ihrer Zusammenarbeit auf ökonomischem, kommerziellem und kulturellem Gebiet sowie in anderen Sphären zu verhandeln. Im Namen der Mobutu-Clique lud Bomboko den sowjetischen Außenminister Gromyko zu einem Besuch des Kongo (K) ein.

EIN FÜRSORGERENTNER SCHREIBT DER "ROTEN FAHNE":

Praders Krieg gegen Fürsorgerentner

Der österreichische Bundesminister für Landesverteidigung, Herr Dr. Georg Prader, hat mit den vielen hunderten Millionen Schilling, die das österreichische Volk für das Bundesheer aufbringen muß, noch nicht genug. Deswegen greift er sogar zu dem Mittel, seinen alten Fuhrpark auf Kosten seiner Präsenzdiener zu erneuern. Es spielt ihm dabei keine Rolle, auch zwei alte Leute ins Unglück zu stürzen.

Mein Ziehsohn G. P. war Kriegsdienstverweigerer. Zwei Jahre mußte er deswegen mit der zuständigen Kommission im Verteidigungsministerium herumraufen. Dann wurde er auf 10 Jahre vom Dienst mit der Waffe befreit, mußte aber einrücken, um ein Jahr ohne Waffen zu dienen.

Er kam zur Sanität als Fahrer. Eines Tages, als er dienstfrei hatte, nahm er leider an einer der Saufereien teil, die in der Kaserne üblich sind, und war schon ziemlich alkoholisiert, als er den Befehl bekam, einen Kranken abzuholen. Der Unteroffizier, der diesen Befehl gab, kümmerte sich nicht um den Zustand meines Ziehsohnes und bestand darauf, daß er fahren müsse. Prompt kam es zu einem Unfall, bei dem das benützte alte Sanitätsauto beschädigt wurde. Gegen meinen Ziehsohn wurde ein Gerichtsverfahren angestrengt, bei dem er zu 1000 Schilling Geldstrafe verurteilt wurde. Darüber hinaus verlangt das Bundesheer Schadenersatz.

Für uns alte Leute war das alles ein großes Unglück. War unsere Notlage daheim schon durch die Einrückung meines Ziehsohnes noch größer geworden, versucht das Bundesheer jetzt, auch mich zum Schadenersatz heranzuziehen. Es erreichte, daß die Gemeinde Wien von meiner Fürsorgerente 1.247 Schilling als Deckung zurückbehielt!

In meiner Not richtete ich ein Gesuch an das Bundesministerium für Landesverteidigung, in dem ich auch bat, meinen Ziehsohn vorzeitig vom Bundesheer zu entlassen, damit er für uns alte Leute sorgen könnte. Aber es half nichts. Das Ministerium des Herrn Prader besteht darauf, für den von ihm selbst geschätzten Schaden an einem alten, eigentlich schon schrottreifen Sanitätsauto, von uns zehntausend Schilling einzutreiben.

Wo soll unser Ziehsohn aber soviel Geld hernehmen, um dem Herrn Minister Prader seinen Fuhrpark zu erneuern? Erst wird ein unerfahrener Mensch in einen Unfall hineinkommandiert und dann will man aus ihm und seinen Angehörigen noch einen Gewinn herausschlagen. Auf der anderen Seite aber werden beim Heer so viele Millionen ganz sinnlos verpulvert.

Wir sind arme, alte Leute. Zuerst haben sie uns den Ernährer genommen und jetzt greift man sogar nach unserer Rente. Beim Olah aber wurde mit den Millionen nur so herumgeworfen.

Wie Spott kommt es uns vor, wenn wir da die schönen Worte lesen: "Dem Schwachen helfen". Auch an den Herrn Bundespräsidenten haben wir ein Gnadengesuch geschrieben. Aber auch er hat abgelehnt.

J. K., Wien 12

Aus dem Gründungsdokument der MLKP Indiens

Wie wir aus Kalkutta erfahren, ist in der Zeit vom 19. bis 23.April das Allindische Koordinationskomitee der revolutionären Kommunisten Indiens zu einer Plenartagung zusammengetreten, in deren Verlauf die Konstituierung der Marxistisch-Leninistischen KPIndiens erfolgte und eine Politische Resolution beschlossen wurde, welche die wesentlichen prinzipiellen Standpunkte und Grundsätze der neugegründeten Partei zusammenfaßt. In ihrer Mai-Ausgabe 1969 hat nun die indische Monatsschrift "Liberation" (Befreiung) diese Resolution veröffentlicht. Wir bringen daraus nachstehend einige wichtige Auszüge.

Die Ereignisse der vergangenen 18 Monate nach dem Bruch mit den Revisionisten - heißt es in der Resolution unter anderem - haben es völlig klargemacht, daß unsere Linie der Ablehnung des parlamentarischen Weges und der Orientierung auf den Weg des revolutionären Kampfes vollinhaltlich richtig ist.

Wir sind der Ansicht, daß Indien ein halbkoloniales und halbfeudales Land ist, daß der indische Staat ein Staat der Großgrundbesitzer und der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie ist und seine Regierung ein Lakai des amerikanischen Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus. Die erniedrigende Abhängigkeit Indiens von der "Hilfe" der imperialistischen Länder - hauptsächlich der des US-Imperialismus und des sowjetischen Revisionismus; die tausenden verschwörerischen Abkommen; die imperialistische Ausplünderung unseres Landes durch den ungleichen "Handel" und ausländische "Hilfe" - alles das bezeugt den halbkolonialen Status unseres Landes und seiner Gesellschaftsordnung. Die politische, ökonomische, kulturelle und militärische Kontrolle des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus in Indien; die Einordnung der indischen Außenpolitik in die imperialistische Globalstrategie der Einkreisung des sozialistischen Chinas und der Unterdrükkung des nationalen Befreiungskampfes der Völker; die uneingeschränkte Unterstützung, welche die indische Regierung den sowjetischen bewaffneten Provokationen gegen China gibt; die stillschweigende Zustimmung der indischen Regierung zur sowjetischen Aggression gegen die Tschechoslowakei und ihr aktives Komplott mit den amerikanischen Imperialisten gegen den nationalen Befreiungskampf Vietnams - alles das bezeugt klar, daß die indische Regierung ein Lakai des Imperialismus und des sowjetischen Revisionismus ist.

In dieser Etappe - heißt es in der Resolution weiter - ist die indische Revolution eine demokratische Revolution neuen Typus, deren Hauptinhalt die Agrarrevolution, die Liquidierung des Feudalismus auf dem Lande ist. Zur Zerschlagung des Feudalismus als einer der beiden Hauptstützen des Imperialismus in unserem Lande (die andere Hauptstütze ist die bürokratische Kompradorenbourgeoisie, Anmkg.) hat das indische Volk einen langen und heftigen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus zu führen.

In Indien - stellt die Resolution fest - besteht eine ausgezeichnete revolutionäre Lage. Die herrschenden Klassen stecken in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise, wie sie noch nie da war. Von Tag zu Tag nehmen die Widersprüche zwischen dem Imperialismus und dem Volk, zwischen dem Feudalismus und den Bauern, zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen den verschiedenen Gruppen der herrschenden Klassen zu. Überall in Indien erhebt sich das Volk zum entschlossenen Kampf zur Versetzung der "vier Berge", die es mit ihrem Gewicht niederdrücken. Diese vier Berge sind der amerikanische Imperialismus, der sowjetische Sozialimperialismus, der Feudalismus und das bürokratische Kompradorenkapital.

An die Geschichte des Kampfes zwischen den zwei Linien in der KP Indiens nach ihrer Gründung erinnernd, wird in der Resolution hervorgehoben, daß die Geschichte der KP Indiens die Geschichte der Auseinandersetzung zwischen der Linie des Klassenkampfes und der Linie der Klassenversöhnung und des Verrats ist, die Geschichte des Kampfes zwischen den proletarischen Revolutionären und der verbürgerlichten reaktionären Führerschaft.

Schluss auf Seite 8



Anläßlich seines kürzlichen Indienbesuches hat der Häuptling des US-Imperialismus, Nixon, Indien als eine große "Bastion der Demokratie und der Freiheit" in Asien bezeichnet. Auf den Straßen liegende, bis zum Skelett abgemagerte Menschen, die noch angesichts des schon unvermeidlichen Hungertodes um ein paar Körnchen Reis betteln, gehören zum täglichen Erscheinungsbild dieser "Bastion der Freiheit".

Unter der Führung der Arbeiterklasse haben sich die indischen Bauern auf den Weg des bewaffneten Kampfes begeben. Die Bauern von Punapravajalar hielten den reaktionären Streitkräften stand. Die Bauern Talingans griffen zu den Waffen, um gegen die Feudalherrschaft zu kämpfen. Die Bauern Bengalens nahmen den revolutionären Kampf gegen die feudale Ausbeutung auf.

Die Ideen Mao Tsetungs über den revolutionären Volkskrieg haben - wie die Resolution unterstreicht - bei der Ausdehnung des revolutionären Kampfes in Indien, sowohl der Bauernschaft als auch der Arbeiterklasse, eine sehr wichtige Rolle gespielt und haben größte Bedeutung.

Die Resolution verurteilt sodann die verräterische Tätigkeit der Dange Clique, die schon 1951 behauptete, in Indien gebe es keinen Feudalismus mehr. Die Dange-Clique verfolgte eine liquidatorische Politik, indem sie meinte, daß die nationaldemokratische Regierung Indiens unter der Führung der Bourgeoisie gebildet werden würde. Jede Art revolutionären Kampfes lehnte die revisionistische Verrätergruppe in der Leitung der KP Indiens ab. Sie überredete die revolutionären Bauern Talingans, die Waffen wieder aus den Händen zu legen und versetzte dem Kampf der Bauern überall in Indien, wie sie sich zur Revolte erhoben hatten, hinterrücks einen Dolchstoß.

Im Jahre 1962 - heißt es in der Resolution - als die indische Regierung den Angriff gegen die chinesischen Grenzverbände verübte, enthüllte die Dange-Verräterclique offen ihr Gesicht. So kam es dazu, daß sich die Parteimitglieder gegen die Dange-Renegaten auflehnten. Diese Situation ausnützend, bemächtigte sich nun die Ranadive-Clique erneut der Parteiführung, die sie schon 1948 okkupiert gehabt hatte.

Gleich nach dem 7. Parteitag wurde im Namen des Parteibüros verkündet, daß die Partei einen legalistischen Weg, nämlich den parlamentarischen Weg beschreiten müsse. Nach dem 7. Parteitag trat also nicht eine revolutionäre, sondern eine neue bürgerliche Partei in Erscheinung. Diese Partei hat heute eine Allianz mit der Dange-Renegatenclique geschlossen und ist eng mit der Weltreaktion verbunden. Sie ist zum Feind der indischen Volksmassen geworden, zu einem Werkzeug der Unterdrückung des Befreiungskampfes des indischen Volkes.

Für die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Revisionisten - heißt es schließlich in der Resolution - ist Indien die Hauptstütze zur Verwirklichung der Ziele ihrer Globalstrategie zur Errichtung ihrer gemeinsamen Vorherrschaft über die Welt. Indien ist ferner das Zentrum der Komplotte gegen das sozialistische China, dieses Bollwerks der Weltrevolution und Hoffnung der ausgebeuteten Menschen in aller Welt. Die Durchführung der indischen Revolution ist somit nicht nur eine patriotische Aufgabe des indischen Volkes, sondern auch eine internationalistische.

Die weltweite Bedeutung der indischen Revolution ist außerordentlich. Der große Lenin träumte von dem Tag, an dem das revolutionäre Indien sich mit dem revolutionären China vereinigen würde, um zum Sturz des Weltimperialismus zu schreiten. In diesem Sinne müssen die indischen Revolutionäre bei der Gründung ihrer Partei den Beschluß fassen, sich mit dem großen chinesischen Volk innig zusammenzuschließen, enge Beziehungen zum Befreiungskampf der verschiedenen Völker herzustellen, ihre revolutionäre Einheitsfront zu stärken und alles daranzusetzen, um den Weltimperialismus und seinen Hauptverbündeten, den modernen Revisionismus, zu vernichten.

25 JAHRE FREIES ALBANIEN !

Zu den Entlohnungsunterschieden im Sozialismus

Vor kurzem erschien im albanischen Verlag "Naim Frasheri" ein höchst bemerkenswertes Buch mit dem Titel "ANTWORTEN AUF FRAGEN ÜBER ALBANIEN". Auf fast 450 Seiten werden in diesem Buch in Form von ausführlichen Antworten auf 120 Fragen buchstäblich alle wesentlichen Fakten mitgeteilt, die in bezug auf Albaniens Geschichte und Geographie, Vergangenheit und Gegenwart, in bezug auf seine Politik, Wirtschaft und Kultur, auf seine gesellschaftlichen Verhältnisse, seinen staatliche Aufbau, seine Verfassung, seine politischen Perspektiven usw. usf. wissenswert sind.

Leider liegt dieses Buch, das so viel über das unerschütterliche Bollwerk des Sozialismus und Kommunismus in Europa aussagt, bisher nicht in deutscher Übersetzung vor. Die Redaktion der "Roten Fahne" beabsichtigt daher, in den kommenden Monaten wenigstens einige besonders interessante Auszüge aus dem Buch in eigener Übersetzung zu veröffentlichen.

Die richtigen Beziehungen zwischen den leitenden Kadern und der Arbeiterschaft kommen auch in dem Entlohnungssystem zum Ausdruck, das in Albanien besteht. Auf dem Gebiet der Löhne gibt es in Albanien keine schroffen Ungleichheiten mehr. Die Spanne zwischen den niedrigen bzw. durchschnittlichen Löhnen einerseits und den hohen und höchsten Gehältern andererseits ist in Albanien viel geringer als in anderen Ländern, wenn nicht überhaupt am geringsten in der ganzen Welt.

Die Partei der Arbeit Albaniens und die albanische Regierung bemühen sich ständig darum, das Verhältnis zwischen niedrigen, mittleren und hohen Löhnen ausgeglichener zu machen. Zur Lösung dieses Problems bedient man sich insbesondere der Methode der Senkung der Gehälter der hohen Funktionäre, beginnend mit jenen der hohen Staats- und Parteifunktionäre, während die niedrigeren und mittleren Löhne und Gehälter erhalten oder angehoben werden.

Diese Maßnahmen sind nicht wirtschaftlich begründet, sie leiten sich nicht aus ökonomischen Motiven her. Es handelt sich vielmehr um eine

Frage politischer und ideologischer Natur.

Ungleich höhere Gehälter trennen die leitenden Kader und Intellektuellen von den Massen; sie fördern den Bürokratismus, erzeugen Verachtung gegenüber der Arbeit in der Produktion, Überheblichkeit, nähren die Tendenz, das eigene Wohl, eigenen Komfort und persönliche Bequemlichkeit über die Interessen des Volkes zu stellen, führen also auf den Weg der bürgerlichen und revisionistischen Degeneration der Kader.

Mit ihrer Politik der Beseitigung krasser Unterschiede in der Entlohnung beabsichtigt die PdA und die albanische Regierung keineswegs, eine Tendenz allgemeiner Gleichmacherei zu fördern oder einfache Arbeit und Leitungsarbeit bzw. unqualifizierte Arbeit und qualifizierte Arbeit über einen Kamm zu scheren. Im Gegenteil. Sie lassen sich vom marxistisch-leninistischen Prinzip leiten, jeden Menschen gemäß seiner Leistung zu entlohnen, wobei das Niveau dieser Entlohnung jedoch in gesundem Verhältnis zu den jeweiligen durchschnittlichen Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes stehen muß und das Entstehen neuer klassenmäßiger Differenzierungen verhindert werden muß.

Die Bedingungen Albaniens machen es erforderlich, daß jeder Arbeiter erfüllt ist vom Geiste der Einfachheit und Bescheidenheit, daß das Hauptanliegen seines Lebens und seiner Arbeit nicht persönliche Bequemlichkeit, sondern das Ideal des Sozialismus, des Kampfes für den

Einem Teil der Auflage dieser Nummer liegen die Nr. 64 bzw. 65 der beliebten **„Briefe aus China“** von Anna Luise Strong bei. Nachbestellungen erbitten wir an die Redaktion.

Aufbau des Landes, die Freude am Fortschritt und an der ständigen Hebung des Lebensstandards des ganzen Volkes ist.

Seit 1966 wurden in Albanien zweimal Aktionen durchgeführt, in deren Verlauf die Spitzenverdienste gesenkt und die Spannen zwischen den Lohnkategorien wesentlich reduziert wurden. In der selben Zeit wurden aber auch viele Maßnahmen getroffen, um die niedrigen Löhne einer Reihe von Sparten zu erhöhen und die niedrigen Pensionen anzuheben. Andererseit wurde eine Höchstgrenze für Pensionen festgelegt und die Besteuerung von Monatslöhnen über 680 Lek erhöht.

Alle diese Schritte fanden die vorbehaltlose Zustimmung der Volksmassen. In Erkenntnis der großen politischen Bedeutung dieser Maßnahmen zur Beseitigung von Lohnprivilegien kam es auch zu solchen Initiativen der Werktätigen wie zum freiwilligen Verzicht auf allerlei Prämien und Sonderzuwendungen über die normalen Gehälter hinaus.

Solche Initiativen sind von größter Wichtigkeit, insbesondere in bezug auf die kommunistische Erziehung der Menschen, auf ihre Erziehung im Geist des Vorrangs der Politik und der Ideologie, der Kollektivität und der Liquidierung aller Erscheinungen des Individualismus, welcher der sozialistischen Gesellschaft fremd ist und bürgerliche und revisionistische Degeneration fördert. In diesen Initiativen zeigt sich auch das richtige Verständnis dafür, in den Beziehungen zwischen gemeinsamen und persönlichen Interessen den ersteren den Vorrang einzuräumen. Die Rolle moralischer Anreize als entscheidender Hebel der bewußten Mobilisierung der Werktätigen für die produktive Arbeit im Sozialismus wird in diesem Entwicklungsprozeß immer bedeutsamer.

AUS UNSEREN BRUDERZEITUNGEN

Nixons Besuch in Rumänien

Die Chruschtschowrevisionisten mobilisierten nach ihrer Konferenz in Moskau alle Kräfte, um ihr "Dokumente", "Resolutionen", "Ideen" und "Schlußfolgerungen" an den Mann zu bringen, die sie als Säulen ihrer "prinzipienfesten", "konsequenten" und "entschlossenen" sogenannten "antiimperialistischen" Politik preisen. Sie brauchen das Gerede vom "Antiimperialismus", um dahinter ihre alten und neuen konterrevolutionären Pläne der Verständigung mit dem amerikanischen Imperialismus und der Weltbourgeoisie, der Zusammenarbeit mit ihnen zu verstecken.



Organ des Zentralkomitees der PdA Albaniens 11. Juli 1969

Doch bevor noch die Tinte der Unterschriften auf den revisionistischen Wischen, welche die Renegatenversammlung in Moskau mit Mühe und Not herausgebracht hatte, getrocknet war, gaben die rumänischen Führer bekannt, daß sie demnächst - einen Tag vor der Eröffnung des X. Parteitages der rumänischen KP - in ihrer Hauptstadt das Oberhaupt des amerikanischen Imperialismus, den neuen Präsidenten der USA, empfangen werden.

Bezüglich Richard Nixons glauben wir, daß er keiner besonderen Vorstellung bedarf. Es erübrigt sich auch zu erwähnen, daß er die aggressivsten Kräfte des Imperialismus vertritt und kommandiert, die Tag und Nacht mit allen Mitteln daran sind,

die sozialistischen Länder zu unterminieren, die Revolution zu ersticken und überall in der Welt die imperialistische Herrschaft zu errichten.

Die Gründe, welche die rumänischen Führer bewogen, einen so aufsehenerregenden, ja man kann sagen sensationellen Schritt zu tun und Nixon zu sich einzuladen, sind noch nicht völlig ans Tageslicht getreten. Aber sie ließen durchblicken, daß die Zusammenarbeit mit dem Bundesgenossen des großen "Bundesgenossen" und Nachbarn eine Möglichkeit sei, die Gefahr eines Angriffs des letzteren zu bannen. In solchen Fällen heißt es bei uns im Volksmund spöttisch: "Nur der Schwiegermutter zum Trotz geh' ich mit dem feschen Müller schlafen!" Die rumänischen Führer machen also den Bock zum Gärtner!

Jedermann sieht heute, daß die Politik des "Gleichgewichthaltens" zwischen den imperialistischen Wölfen nicht nur schlecht überlegt, sondern auch allzu naiv ist. Seiltanzen ist stets gefährlich; man kann dabei stürzen und sich den Hals brechen. So mancher hat es auf diesem Weg versucht, doch keiner hat damit auf die Dauer Glück gehabt.

Gewisse Leute mögen sich auch einbilden, durch die politische Annäherung an den amerikanischen Imperialismus eine ökonomische Hilfe für sich herauszuschlagen. Aber was das Ende der amerikanischen "Großzügigkeit" ist, wissen schon alle. Man wird ihrer teilhaftig, indem man die Freiheit und Souveränität des Volkes dafür verpfändet. Diese kann man dann aber nicht mehr so leicht aus den räuberischen Klauen der amerikanischen Monopole wiedergewinnen.

Von welcher Seite auch immer man die Angelegenheit betrachtet, eines ist klar: daß der jüngste rumänische Schritt keineswegs vereinbar ist mit den zahlreichen und wiederholten Erklärungen Bukarests über seine Ziele der Verteidigung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit, der Souveränität und der legalen Rechte des rumänischen



"Ich schwöre Dir Treue und Loyalität. Niemals werde ich diesen Schwur brechen!"

Volkes gegen jede Sorte des Imperialismus! Die Zunge ist gelenkig und die rumänischen Politiker mögen sie wie sie wollen im Munde herumdrehen, um die Einladung Nixons zu rechtfertigen - ihre Politik läßt sich dennoch nicht mit dem wirklichen Kampf vereinbaren, der gegen den Imperialismus geführt werden muß. Die Blumen und der Jubel für Nixon stimmen auch nicht mit den schönen Worten überein, die sie über Vietnam, den Nahen Osten, die europäische Sicherheit, den Kampf für den Sozialismus usw. sagen. Wenn man zugleich Freund der Aggressoren und Freund ihrer Opfer sein will, so bleiben alle Worte, Versprechungen und Beteuerungen bezüglich des "Kampfes gegen den Imperialismus" demagogische Phrasen, die niemand täuschen können.

Eine solche "überraffinierte" Diplomatie ließ sogar die Bourgeoisie westeuropäischer und anderer Länder staunen, die nach Kräften bemüht ist, dem amerikanischen Druck zu entrinnen und sich aus der Vormundschaft der USA zu befreien. Der Haß gegen den amerikanischen Imperialismus in den kapitalistischen Ländern zeigt sich jetzt nicht mehr nur bei den Werktätigen und der Jugend. Dieser Haß ergreift nun immer mehr auch die Mittelschichten und alle Kreise, die erkennen, wie der amerikanische Imperialismus die Schätze ihrer Länder plündert und ihnen überdies Freiheit und Unabhängigkeit raubt.

Während die lateinamerikanischen Völker Rockefeller, Nixons Vertreter, mit machtvollen Demonstrationen, bei denen es zu blutigen Zusammenstößen kam, entgegentraten, schämen sich die rumänischen Führer nicht, Richard Nixon persönlich als dem höchsten Vertreter des verhaßten ame-

Da die "Rote Fahne" über keinerlei freigestelltes Personal verfügt, gibt es in der Redaktion derzeit keinen ständigen Journaldienst. Wir haben jedoch einen freiwilligen Journaldienst so eingerichtet, daß jeden

Dienstag und Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

ein Mitarbeiter der Redaktion im Büro anwesend ist, sodaß der Literaturvertrieb und Vorsprachen aller Art zu dieser Zeit möglich sind. Selbstverständlich stehen wir auch außerhalb dieses Journaldienstes allen Interessenten gerne zur Verfügung, doch erbitten wir in solchen Fällen eine entsprechende telefonische oder schriftliche Vereinbarung.

rikanischen Imperialismus die Hände zu drücken und auf sein Wohl Toasts auszubringen.

Die Visite Nixons in Rumänien ärgert die sowjetischen Revisionisten sehr. Sie können aber nichts sagen, weil sie selbst bis zum Halse im Bündnis mit den Amerikanern stecken. Sie entfalten eine so umfangreiche und allseitige Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus, daß sie es nicht wagen können, ihren Groll über den Besuch des amerikanischen Präsidenten in der rumänischen Hauptstadt öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Daß den Herren im Kreml dieser Besuch nicht paßt, hat freilich keine ideologischen und prinzipiellen Gründe. Sie ärgert vielmehr, daß ein Wolf in ihren Schafstall eindringt, den sie gesperrt zu halten suchen - in ein Land, in dem sie selbst diktieren möchten und das sie, wenn nicht schon heute, so doch morgen besetzen wollten.

Die sowjetischen Spitzenführer werden den rumänischen Führern diese Einladung niemals verzeihen. Zweifellos werden sie hinter den Kulissen alles in Bewegung setzen, um sich dafür zu rächen.

Doch in dieser Situation haben es die sowjetischen Führer auch deshalb schwer, auf den Tisch zu schlagen und Rumänien zu drohen, weil sie eben jetzt im tschechoslowakischen Sumpf stecken und trotz aller Bemühungen nicht aus ihm herauskommen. Das selbe wie in der Tschechoslowakei zu wiederholen, ist keine leichte Sache. Der Coup im August des Vorjahres hatte



Wie die österreichische bürgerliche Presse Nixons Rumänienbesuch beurteilt ...

für sie sehr negative Ergebnisse, diskreditierte sie in den Augen aller Welt und trieb sie in einen politischen Kampf innerhalb und außerhalb der revisionistischen Front, in welchem sie eine Niederlage nach der anderen erleiden.

Nun suchen die rumänischen Politiker anscheinend, diese Lage und die besonderen Schwierigkeiten der sowjetischen Revisionisten auszunützen. Leider ist aber der von ihnen eingeschlagene Weg den Interessen des rumänischen Volkes sehr schädlich, gefährdet seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit. Sie kommen vom Regen in die Traufe, wenn sie versuchen, vor einer imperialistischen Bestie fliehend, in der Höhle einer anderen, genau so wilden und unersättlichen, Zuflucht zu finden.

Außerdem vergessen die rumänischen Führer: Falls die rumänischen Interessen den Interessen der sowjetisch-amerikanischen Allianz im Wege stünden, würde sicher keiner der beiden Partner zögern, sie sofort zu opfern! Ein "München" kann auch über ein anderes Land als über die Tschechoslowakei zustandekommen. So etwas ist eine gängige Praxis, gewöhnlicher Usus der imperialistischen Mächte, die ihren Schacher stets auf dem Rücken der kleinen Länder austragen, insbesondere jener, die sich in Illusionen wiegen, sich nicht auf die eigenen Kräfte stützen, sondern ihre Hoffnungen auf den einen oder anderen allmächtigen "Großen" setzen.

Die Nachricht von Nixons Begegnung mit Ceausescu wurde in den revisionistischen Ländern nach außenhin mit Stillschweigen entgegengenommen. Eine Ausnahme machen nur die Jugoslawen, die ihre Befriedigung über die "Fortschritte" der Rumänen nicht verhehlen konnten - obwohl sie vielleicht auch neidig sind, daß nicht Jugoslawien das erste "kommunistische" Land ist, das ein amerikanischer Präsident besucht. Was Gomulka, Kadar und die anderen betrifft, werden sie Rumänien bestimmt heimlich beneiden und ihm insgeheim ein "Bravo" spenden. Öffentlich geht das natürlich nicht. Sie können sich nicht leisten, ihren Herrn, den sowjetisch-revisionistischen Imperialismus, allzusehr zu ärgern. Gomulka jedoch, um nicht nachzustehen, wird wohl nun in ähnlicher Form seine "Unabhängigkeit" beweisen wollen - vielleicht indem er ein Treffen mit Papst Paul VI. oder mit Willy Brandt organisiert! Der Wettlauf geht jedenfalls weiter und die Revisionistenkonferenz in Mos-

kau hat ihn für alle revisionistischen Führer und in alle Richtungen beschleunigt.



Das albanische Volk hegt Sympathie und große Achtung für das rumänische Volk, für seine revolutionäre Vergangenheit, für seinen Kampf um Freiheit und nationale Unabhängigkeit. Wir haben es öffentlich erklärt und behalten diesen Standpunkt konsequent bei, daß das rumänische Volk im Falle eines Überfalls imperialistischer Aggressoren auf Rumänien mit der entschlossenen und unerschütterlichen Unterstützung des albanischen Volkes rechnen kann. Gleichzeitig sagen wir aber unseren Freunden auch unumwunden unsere Meinung. Wir verhehlen ihnen nicht die Wahrheit, möge sie auch manchmal bitter sein.

Die Sympathie des albanischen Volkes und der Partei der Arbeit Albaniens für das rumänische Volk entspringt einer prinzipiellen Haltung und hat edle Ziele. Niemand darf aber glauben oder gar versuchen, diese Freundschaft in dem Sinne auszulegen, daß wir Akte wie die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Revisionisten und mit den amerikanischen Imperialisten, die antimarxistische Akte sind, befürworten würden. Das wäre leere Spekulation.

Wir sind der von der Geschichte bestätigten Ansicht: Wer ein aufrichtiger Revolutionär ist und wirklich die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes zu verteidigen wünscht, der muß - mit Nachdruck und ohne zu schwanken - gegen alle Feinde kämpfen, sowohl gegen die Imperialisten als auch gegen die Revisionisten. Mit Zirkuskunststücken gegenüber den Räubern setzt man sich nur der Gefahr aus, früher oder später in den Rachen des einen oder in die Klauen des anderen zu geraten. Mit einer solchen Politik wird die nationale Unabhängigkeit, die Freiheit und die fortschrittlichen Errungenschaften, wird alles, was dem Volke teuer ist, nicht verteidigt, sondern unterhöhlt!

Rote Fahne ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

(MLPÖ)



Erscheint monatlich.
Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ).
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und Druck verantwortlich: Karl Horn. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5.
Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion der „Roten Fahne" 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5. Telefon 92 10 672. Jahresabonnement S 35.—. Zweijahresabonnement S 65.— (Auslands-Jahresabonnement S 45.—) Postscheckkonto Nr. 173.848.

